

Protokoll

Gremium: Sozialausschuss

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 25.05.2022
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:02 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Mitglieder

Herr Dirk Bakenhus
Frau Claudia Beeken
Herr Hergen Erhardt
Herr Axel Hohnholz
Herr Torsten Kuck
Frau Beate Logemann
Herr Frank Lukoschus
Herr Björn Meyer
Herr Holger Mundt
Frau Birgit Rowold
Herr Frerk Schmidt
Herr Lars Schmidt-Berg
Frau Irmgard Stolle
Herr Klaus Warnken

Vertretung für KA Bruns
Vertretung für KA Kreklau
Vertretung für KA Sager-Gertje
Vertretung für KA Hots
Vertretung für KA Treber
Vertretung für KA Bruns

von der Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann
Herr Kreisrat Ingo Rabe
Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Klein-
schmidt

beratendes Mitglied

Frau Sabine Gräper

beratendes Mitglied

Frau Dr. Silke Bednarz
Herr Heiko Ockenga
Frau Anna Pfeiffer

Vertretung für Retzlaff

von der Verwaltung

Herr Kreisverwaltungsrat Torsten Niebisch
Herr Kreisverwaltungsoberrat Günter Siebels
Frau Kreisamtsfrau Irmtraud Tepe
Herr Ltd. Medizinaldirektor Dr. Elmar Vogelsang

Protokollführerin

Frau Annemarie Schröder

Abwesend:

Mitglieder

Herr Hartmut Bruns

Frau Maria Bruns

Frau Merle Heßler

Herr Heino Hots

Herr André Kreklau

Frau Monika Sager-Gertje

Frau Ute Treber

beratendes Mitglied

Herr Andreas Retzlaff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 18.11.2021
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Verpflichtung der zusätzlich in den Sozialausschuss berufenen Mitglieder auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungs- und Vertretungsverbot
Vorlage: MV/038/2022
- 7 Bericht des Jobcenters
Vorlage: MV/037/2022
- 8 Förderung des Vereins pro:connect e. V. für das Jahr 2022
Vorlage: BV/062/2022
- 9 Regionales Fachkräftebündnis Nordwest
Förderung des Projektes „Entwicklung, Erprobung und Verfestigung zukunftsorientierter Integrationskonzepte für Geflüchtete und Migranten unter Berücksichtigung der Pandemiefolgen“; 01.07.2022 – 30.06.2025
Projektträger: „pro:connect“ – Integration durch Bildung und Arbeit e.V.
Vorlage: BV/063/2022
- 10 Örtliche Pflegekonferenz gemäß § 4 Niedersächsisches Pflegegesetz (NPflegeG); Benennung von zwei Kreistagsmitgliedern für die Teilnahme an den Örtlichen Pflegekonferenzen
Vorlage: BV/064/2022
- 11 Erhöhung der Förderung des ehrenamtlichen Engagements bei der Ausgabe von Lebensmitteln an Bedürftige durch "Tafeln" und "Speisekammern" im Landkreis Ammerland; Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: BV/065/2022
- 12 Sozialhilfestatistik/Fallzahlenerhebung 2021
Vorlage: MV/039/2022

- 13** Vorstellung des Projektes "Gesundheitsregion Ammerland"
Vorlage: MV/028/2022
- 14** Gesundheitsregion Ammerland - Benennung von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern/innen für die Steuerungsgruppe
Vorlage: BV/053/2022
- 15** Tätigkeitsbericht des Pflege-Servicebüros Ammerland 2021
Vorlage: MV/040/2022
- 16** Besetzung des Arbeitskreises Integration
Vorlage: BV/045/2022
- 17** Antrag der Freien Wählergemeinschaft Wir Ammerländer hier: Einrichtung einer Anlaufstelle „Kümmerer“ für an Demenzerkrankte, deren Familien und Angehörige sowie weitere Betroffene
Vorlage: MV/043/2022
- 18** Situation der Kurzzeitpflege im Ammerland Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: MV/036/2022
- 19** Mitteilungen der Landrätin
- 20** Anfragen und Hinweise
- 21** Einwohnerfragestunde
- 22** Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzende Logemann eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Sozialausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgezeichnet und nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Logemann stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 18.11.2021

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 6 Verpflichtung der zusätzlich in den Sozialausschuss berufenen Mitglieder auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungs- und Vertretungsverbot Vorlage: MV/038/2022

EKR Kappelman verpflichtet Herrn Ockenga und Frau Dr. Bednarz auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungs- und Vertretungsverbot.

Zu TOP 7 Bericht des Jobcenters Vorlage: MV/037/2022

KVOR Siebels trägt den Bericht anhand der den Vorlagen beigefügten Power-Point-Präsentation vor. Er geht anfangs auf den Arbeitsmarkt ein und trägt die Fallzahlen vor. Die aktuelle Arbeitslosenquote betrage im April 3,4 %. Er gehe von einer weiteren Verbesserung im Monat Mai aus. Die Arbeitslosenquote im Bereich der Jugendlichen liege insgesamt bei 2,5 %. Er geht im Weiteren auf die Entwicklung der Arbeitslosenquote und auf Integrationen in Arbeit und Ausbildung und auf den Einsatz der Eingliederungsmittel ein. Bei der beruflichen Weiterbildung sei das Budget aufgestockt worden. Mit der KVHS sei ein Umschulungsangebot geplant. Zum Jahresabschluss 2021 habe man 100 % der Eingliederungsmittel investieren könne.

Herr Ockenga fragt nach, welche Gruppe die Umschulungsangebote der KVHS in Anspruch nehmen könne.

KVOR Siebels antwortet, dass es für Schulabgänger bereits ein Angebot gäbe. Ab August solle ein Kurs für Erwachsene ab 35 Jahren angeboten werden, insbesondere auch für Migranten.

KVOR Siebels geht in seinem weiteren Bericht auf die Situation mit den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine ein. Im Landkreis Ammerland seien nach Stand 18. Mai 958 Flüchtlinge aufgenommen worden. Davon seien 413 Personen zwischen 25 und 66 Jahren bereits digital beim Jobcenter aufgenommen worden, die ggf. vorrangig in den Arbeitsmarkt zu integrieren seien. Der Frauenanteil liege bei 85 %. Die Betreuung zur Integration in den Arbeitsmarkt durch das Jobcenter sei zum 01.06.2022 geplant. Er teilt Einzelheiten zur Vorgehensweise mit.

KVOR Siebels berichtet weiter, dass der Koalitionsvertrag sich mit dem SGB II befasse. Zukünftig solle aus „Hartz IV“ „Bürgergeld“ werden. Das Bürgergeld löse die Grundsicherung ab und der Bezug solle digitaler und unkomplizierter zugänglich werden. Während der Corona-Zeit habe sich die Beantragung von Unterstützung bereits vereinfacht. Zukünftig solle auf Augenhöhe eine Vertrauensbeziehung erreicht werden. Neben der Teilhabe am Arbeitsleben solle zukünftig auch zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigt werden. Er geht ausführlich auf die Veränderungen von Hartz IV Leistungen und Bürgergeld ein.

In der sich anschließenden kurzen Aussprache beantwortet KVOR Siebels ausführlich Fragen von KA Beeken, KA Schmidt, KA Lukoschus und KA Rowold.

KA Stolle dankt KVOR Siebels für den ausführlichen und eindrucksvollen Bericht sowie für die aufschlussreichen Informationen zum Bürgergeld. Sie geht im Weiteren auf die rückläufige Zahl der erwerbslosen Jugendlichen ein und auf die Aussage, dass weiterhin viel dafür getan werden müsse, die Maßnahmen für Jugendliche aufrecht zu erhalten. Sie sei der Meinung, dass die Kosten zwar hoch, aber für den Lebensweg der Jugendlichen gut investiert seien.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 8 Förderung des Vereins pro:connect e. V. für das Jahr 2022
Vorlage: BV/062/2022**

KR Rabe trägt den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage. Er weist darauf hin, dass der Verein pro:connect unter TOP 8 eine Förderung für den Sachaufwand sowie unter TOP 9 eine Förderung als Projektträger im Rahmen des Regionalen Fachkräftebündnisses Nordwest für das Projekt „Entwicklung, Erprobung und Versteigerung zukunftsorientierter Integrationskonzepte für Geflüchtete und Migranten unter Berücksichtigung der Pandemiefolgen“ beantragt habe. Der Verein pro:connect leiste für den Landkreis Ammerland und insbesondere für das Jobcenter erhebliche Unterstützung und Hilfe, gerade für Personen, die einen hohen Betreuungsbedarf hätten,

den das Jobcenter oft nicht leisten könne. Mit einem kommunalen Finanzierungsanteil von etwa 25 % wurde die dreifache Summe an Fördermitteln in die Region geholt (siehe TOP 9).

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Verein „pro:connect“ wird für das Jahr 2022 mit 3.600 € für Sachaufwand gefördert. Haushaltsmittel sind im Produktbereich 31.2 eingeplant.

**Zu TOP 9 Regionales Fachkräftebündnis Nordwest
Förderung des Projektes „Entwicklung, Erprobung und Verstetigung zukunftsorientierter Integrationskonzepte für Geflüchtete und Migranten unter Berücksichtigung der Pandemiefolgen“; 01.07.2022 – 30.06.2025
Projektträger: „pro:connect“ – Integration durch Bildung und Arbeit e.V.
Vorlage: BV/063/2022**

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Dem Verein „pro:connect“ wird die Projektdurchführung vom 01.07.2022 – 30.06.2025 mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 51.100,00 € als Kofinanzierung gefördert. Haushaltsmittel für 2022 sind im Produktbereich 31.2 eingeplant.

**Zu TOP 10 Örtliche Pflegekonferenz gemäß § 4 Niedersächsisches Pflegegesetz (NPflegeG); Benennung von zwei Kreistagsmitgliedern für die Teilnahme an den Örtlichen Pflegekonferenzen
Vorlage: BV/064/2022**

Von KA Meyer und KA Erhardt werden KA Sager-Gertje und KA Müller-Saathoff für die Teilnahme an den örtlichen Pflegekonferenzen vorgeschlagen.

Es wird einstimmig beschlossen:

Für die Teilnahme an den Örtlichen Pflegekonferenzen werden folgende Personen benannt:

Kreistagsabgeordnete Monika Sager-Gertje
Kreistagsabgeordneter Jens-Gert Müller Saathoff

**Zu TOP 11 Erhöhung der Förderung des ehrenamtlichen Engagements bei der Ausgabe von Lebensmitteln an Bedürftige durch "Tafeln" und "Speisekammern" im Landkreis Ammerland; Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: BV/065/2022**

KA Stolle erläutert ausführlich den Antrag der SPD-Fraktion. Sie weist darauf hin, dass u. a. aufgrund des Ukraine-Krieges mit erheblichen Kostensteigerungen zu rechnen sei und bittet darum, die Fördermittel von 1.000,00 € auf 3.000,00 € je Einrichtung zu erhöhen.

Herr Ockenga führt aus, dass nach seiner Wahrnehmung in den Anfangszeiten mehr ältere Menschen die Tafeln aufgesucht hätten. Mittlerweile sei sein Eindruck, dass altersmäßig eine Verteilung stattgefunden habe. Aus Sicht des Seniorenbeirates werde eine Förderung und Unterstützung durch den Landkreis Ammerland begrüßt. Die Tafeln müssten weiterhin funktionsfähig bleiben und eine höhere Förderung werde unterstützt.

KA Lukoschus ist der Meinung, dass der Antrag der SPD-Fraktion unterstützt werden müsse. Es sei bekannt, dass die Tafeln immer gut aufgesucht würden und dies nicht nur von älteren Personen. Viele Nahrungsmittel seien zum Teil nicht erhältlich, dies lasse Unzufriedenheit aufkommen. Die Erhöhung der Fördermittel sei für den Haushalt des Landkreises einerseits hoch, aber andererseits unerlässlich. Er dankt der SPD-Fraktion für die Antragstellung und er werde eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses für die Tafeln unterstützen.

KA Beeken führt aus, dass die CDU-Fraktion das Thema ausführlich beraten habe und zu dem Entschluss gekommen sei, den Antrag zu befürworten. Die ehrenamtlich Tätigen würden viele Stunden für die Arbeit bei den Tafeln aufbringen. Des Weiteren werde es immer schwieriger, Waren zu bekommen.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Die jährliche Unterstützung der Ammerländer sozialen Einrichtungen zur Ausgabe von Lebensmitteln an Bedürftige wird auf jeweils 3.000,00 € erhöht.

**Zu TOP 12 Sozialhilfestatistik/Fallzahlenerhebung 2021
Vorlage: MV/039/2022**

KVR Niebisch trägt die Sozialhilfestatistik und die Fallzahlenentwicklung 2021 anhand einer Power-Point-Präsentation vor und verweist auf die den Unterlagen beige-fügte Vorlage. Er geht in seinem Bericht auf die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen ein und erläutert kurz die Zielgruppe. Die Fallzahl in der Hilfe zum Lebensunterhalt sei rückläufig. Hintergrund sei, dass die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mehr Personen auffange. Zum Asylbewerberleistungsgesetz führt er aus, dass zum Stichtag 30.04.2022 rd. 1.400 Personen in der Statistik aufgeführt seien. Dabei handele es sich um rd. 800 Ukrainerinnen und Ukrainer und knapp 600 andere Asylbewerber. Das Land zahle für diesen Personenkreis eine jährliche Pauschale von rd. 11.500 Euro pro Person. Soweit für die Personen keine hohen Kranken- oder Pflegekosten entstehen, sei die Pauschale auskömmlich.

KVR Niebisch berichtet zur Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, dass für diesen Personenkreis ca. 36 Mio. Euro veranschlagt worden seien. Den größten Anteil nehme die soziale Teilhabe und hier insbesondere das ambulant betreute Wohnen ein. Die Unterbringung außerhalb von Einrichtungen liege auf einem hohen Niveau und die Zahlen seien weiterhin stark steigend. Ein weiterer konstanter Anstieg sei auch im Bereich der Schulbegleitungen festzustellen. Sorge bereite die Frühförderung. Insbesondere Kleinkinder hätten unter der Corona-Pandemie gelitten. Für

die Frühförderung gebe es eine große Nachfrage mit Warteliste. Hinzukommen werden Flüchtlingskinder aus der Ukraine, die teilweise ebenfalls Frühförderung benötigen.

KVR Niebisch berichtet abschließend zur Hilfe zur Pflege, hier seien die Zahlen relativ konstant.

KA Schmidt-Berg fragt nach, wieviel Eingliederungshilfe- und Pflegeeinrichtungen im Landkreis Ammerland betrieben werden.

KVR Niebisch sagt eine Antwort bzw. Übersicht mit dem Protokoll zu.

Antwort:

Dem Protokoll beigelegt sind zwei Übersichten, zum einen über die Eingliederungshilfeangebote, zum anderen über unsere Ammerländer Pflegeeinrichtungen. Letztere ist auch auf der Homepage des Landkreises zu finden. Sie wird laufend bei Bedarf aktualisiert.

KA Meyer fragt nach, ob für die Einrichtung in Mansie Überlegungen für eine Erweiterung gebe und wie lange die Warteliste schon geführt werde.

KVR Niebisch antwortet, dass die Einrichtungsleitung aus Mansie für ein Gespräch im Juni eingeladen habe. Er gehe davon aus, dass es u. a. eine Erweiterung der Platzzahlen geben werde. Dem Ursprungsgedanken der Inklusion folgend, sollen die Sondereinrichtungen eigentlich abgeschafft werden zu Gunsten inklusiver Angebote. Die Tendenz gehe aber dahin, dass viele Eltern ihre Kinder lieber in den heilpädagogischen Kindergarten nach Mansie geben, als in die Regelkindergärten. Gleiches gelte für die Tagesbildungsstätte Mansie und die Regelschulen. Letztlich sei es auch eine politische Entscheidung, welchen Weg der Inklusion man gehe und inwieweit man an Sondereinrichtungen festhalte.

KA Lukoschus ist der Meinung, dass die heilpädagogischen Einrichtungen benötigt werden. Die Inklusion an Schulen und Kindergärten sei ein richtiger Gedanke, aber solange Menschen noch nicht mit dem Gedanken der Inklusion vertraut seien, könne Inklusion nicht gelingen. Der Erhalt von Sondereinrichtungen müsse unterstützt werden.

In der folgenden Aussprache wird diese Auffassung allgemein geteilt.

**Zu TOP 13 Vorstellung des Projektes "Gesundheitsregion Ammerland"
Vorlage: MV/028/2022**

KR Rabe trägt kurz den Sachverhalt vor und erläutert die Entstehung der Gesundheitsregion Ammerland.

Frau Krebstakies stellt sich und ihren Aufgabenbereich kurz vor. Anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) erläutert sie die Struktur und den aktuellen Sachstand der Gesundheitsregion Ammerland. Sie geht auf den Hintergrund und die

Gründungsmotive ein. Im Weiteren geht sie auf die Richtlinie für Gesundheitsregionen ein und führt aus, dass es seit dem 01.01.2021 eine neue Förderrichtlinie gebe, die bis zum 31.12.2025 Gültigkeit habe. Sie stellt die gesetzten Ziele und anhand eines Organigramms die Regionale Steuerungsgruppe sowie die einzelnen Institutionen und Projektgruppen vor. Im weiteren Verlauf des Berichtes geht sie auf den Arbeitskreis Gesundheit und die örtliche Pflegekonferenz ein, die als bestehende feste Einrichtungen des Landkreises auch wichtige Gremien für die Gesundheitsregion seien.

Frau Krebstakies informiert über den aktuellen Sachstand und über die Arbeit in den Projektgruppen und die entsprechenden Zielsetzungen. Abschließend geht sie in ihren Ausführungen auf das Pflegeportal Weser-Ems ein.

KA Lukoschus dankt Frau Krebstakies für den informativen Vortrag. Die Gesundheitsregion behandle viele aktuelle Themen, denen nachgegangen und die aufgearbeitet werden. Er hält das Projekt Gesundheitsregion Ammerland für gut und sinnvoll.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 14 Gesundheitsregion Ammerland - Benennung von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern/innen für die Steuerungsgruppe
Vorlage: BV/053/2022**

KA Stolle schlägt als Mitglied KA Logemann vor und KA Erhardt schlägt KA Rowold vor. Als Stellvertreter von KA Logemann wird von KA Beeken KA Lukoschus vorgeschlagen. KA Kuck erklärt sich bereit, die Stellvertretung für KA Rowold zu übernehmen.

Auf Nachfrage stimmen alle vorgeschlagenen Kreistagsabgeordnete den Vorschlägen zu.

Es wird bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen:

Für die Gesundheitsregion Ammerland werden folgende Personen als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder benannt:

Vertreter/in:
Beate Logemann

Stellvertreter/in:
Frank Lukoschus

Vertreter/in:
Birgit Rowold

Stellvertreter/in:
Torsten Kuck

**Zu TOP 15 Tätigkeitsbericht des Pflege-Servicebüros Ammerland 2021
Vorlage: MV/040/2022**

KVR Niebisch verweist auf die ausführliche Vorlage.

Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 16 Besetzung des Arbeitskreises Integration
Vorlage: BV/045/2022**

KA Erhardt schlägt KA Rowold und KA Beeken schlägt KA Kuck vor. Außerdem erklärt sich KA Stolle bereit, als Mitglied tätig zu werden.

Es wird bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen:

Birgit Rowold, Irmgard Stolle und Torsten Kuck werden als Mitglieder für den Arbeitskreis Integration beim Landkreis Ammerland benannt:

**Zu TOP 17 Antrag der Freien Wählergemeinschaft Wir Ammerländer hier: Einrichtung einer Anlaufstelle „Kümmerer“ für an Demenzerkrankte, deren Familien und Angehörige sowie weitere Betroffene
Vorlage: MV/043/2022**

KR Rabe führt aus, dass kein Entscheidungsvorschlag vorgelegt worden sei, weil erst aktuell erhoben werden solle, welche Angebote im Landkreis Ammerland vorgehalten werden. In der Kürze der Zeit sei es nicht möglich gewesen, sich intensiv mit dem Antrag zu befassen und eine Entscheidung vorzubereiten. Eine Entscheidung könne in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses getroffen werden. Er verweist im Weiteren auf die Vorlage.

KA Lukoschus begründet den Antrag der Freien Wählergemeinschaft „Wir Ammerländer“. Es sei ihm bewusst, dass bereits einige Strukturen im Landkreis Ammerland vorgehalten werden. Er sei bereit, den Antrag zurückzuziehen, wenn sich herausstelle, dass bereits ausreichende Möglichkeiten zur Unterstützung für Demenzerkrankte und ihren Familien gegeben seien. Ihm gehe es in erster Linie nicht darum zu beraten, sondern betroffene Menschen und deren Familien konkret zu begleiten. Seiner Meinung nach müsse mehr für den Personenkreis getan werden. Er betont, dass die freie Wählergemeinschaft wohl wisse, was im Landkreis Ammerland geleistet werde. Wenn sich herausstelle, dass keine ergänzenden Angebote nötig seien, werde er den Antrag zurückziehen. Eine Entscheidung in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses halte er für richtig und angebracht.

KA Stolle führt aus, dass der Antrag von KA Lukoschus gut und berechtigt sei und der Vorschlag zur Aufarbeitung zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses befürwortet werde.

**Zu TOP 18 Situation der Kurzzeitpflege im Ammerland Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: MV/036/2022**

KA Stolle begründet den Antrag. In dem Bericht durch Frau Krestakies sei die wohnortnahe Versorgung bereits angesprochen worden und es werde im Bedarfsfall an-

gezeigt, wo Hilfe zu bekommen sei. Ein großes Problem sei die praktische Umsetzung. In vielen Fällen sei es außerordentlich schwierig, kurzfristig einen Kurzzeitpflegeplatz zu bekommen. Basis des Antrages sei die Gründung einer kommunalen Kurzzeitpflegeeinrichtung. Vorgeschlagen werde die Angliederung an die Ammerland-Klinik, um möglichst kurze Wege einhalten zu können bei Entlassung aus der Klinik in eine Kurzzeitpflege. Sie bittet um Zustimmung zum Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer kommunalen Kurzzeitpflegeeinrichtung.

KR Rabe weist darauf hin, dass die Verwaltung den Antrag dahingehend gedeutet habe, zunächst eine Entscheidungsgrundlage zu schaffen. Es gebe kommunale Einrichtungen wie z. B. im Landkreis Osterholz. Es gebe aber auch andere Wege. Es sei geplant, verschiedene Modelle vorzustellen. Der Landkreis Ammerland habe die Meinung vertreten, dass dort, wo Wohlfahrtsverbände, oder auch private Anbieter Angebote schaffen können, der Landkreis sich zurückhalten müsse. Wichtig sei die Versorgung betroffener Menschen. Das Problem, keine kurzfristigen Kurzzeitpflegeplätze zu bekommen sei dringend. Der Landkreis Ammerland sei in Bezug auf die Versorgung mit Kurzzeitpflege tatsächlich nicht gut aufgestellt. Ein großes Problem sei, wie eine Einrichtung kostendeckend geführt werden könne. Die Gesundheitsregion habe sich das Problem als einen wesentlichen Baustein von insgesamt drei Kernthemen vorgenommen.

Frau Krebstakies erläutert, dass die Gesundheitsregion das Projekt Kurzzeitpflege bearbeite und versuche, ein Konzept zu entwickeln, das es ermögliche, mehr Kurzzeitpflegeplätze zur Verfügung zu stellen. Es handele sich dabei um ein sehr komplexes Thema es gebe unterschiedliche Konzepte in der Kurzzeitpflege. Eine Möglichkeit wäre die Anbindung an eine Klinik. Man habe sich vom Landkreis Osterholz die Einrichtung vorstellen lassen, die zurzeit im Bau sei und im Jahr 2024 in Betrieb gehen solle. Sie teilt Einzelheiten zu der geplanten Einrichtung mit. Sie weist darauf hin, dass die Einrichtung mit hohen Kosten verbunden sei, und dass sich der Landkreis Osterholz finanziell am Bau und am Betrieb beteilige. Sie macht deutlich, dass die Ermittlung der Bedarfe sehr schwierig sei und die Auslastung nicht sicher planbar sei.

Frau Krebstakies berichtet weiter, dass die Arbeitsgruppe sich mit einer zweiten Variante auseinandergesetzt habe. Dabei sei es um den Anschluss an eine stationäre Pflegeeinrichtung gegangen, die man sich in Quakenbrück angesehen habe. Als drittes Konzept habe man sich eine Einrichtung des DRK in Haselünne angesehen. Zu den einzelnen Einrichtungen teilt sie ausführlich Einzelheiten mit.

Frau Krebstakies weist abschließend darauf hin, dass in einer vierten Besprechung der Gesundheitsregion die einzelnen Varianten verglichen worden seien. In einer fünften Sitzung habe die Projektgruppe Kurzzeitpflegeplätze einen Referenten einer Unternehmensberatung System und Praxis zu Rate gezogen und sich erste Tipps geben lassen. Zurzeit würden Gespräche u. a. mit der Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft und mit Pflegeeinrichtungen geführt, um die Möglichkeiten im Landkreis Ammerland abzuklären, wo ggf. Kurzzeitpflegeeinrichtungen angegliedert werden können. Sie selber sei in Kontakt mit dem Gesundheitsministerium und mit der Landesvereinigung für Gesundheit, um zu erfahren, welche Fördergelder der Landkreis Ammerland erhalten könne.

Es schließt sich eine ausführliche Aussprache unter Beteiligung von KA Lukoschus, KA Kuck, KA Meyer, KA Schmidt-Berg, KA Rowold und Frau Dr. Bednarz an bei der deutlich wird, dass von allen Fraktionen der Antrag der SPD-Fraktion befürwortet und dringender Handlungsbedarf gesehen werde.

Zu TOP 19 Mitteilungen der Landrätin

KR Rabe weist auf die als Tischvorlage ausgelegte Einladung der plexxon Management gGmbH zur Vorstellung des Demenzstützpunktes im Plexxonhaus am 29. Juni um 15:00 Uhr hin. Die Einladung richte sich an die Ausschussmitglieder, aber auch an Interessierte aus den einzelnen Fraktionen. Er bittet darum, sich unter den angegebenen Kontaktdaten direkt bei Plexxon anzumelden.

Zu TOP 20 Anfragen und Hinweise

- a) Frau Dr. Bednarz geht auf die Flüchtlinge aus der Ukraine ein und fragt nach, ob unter den bereits 1.000 angekommenen Flüchtlingen Menschen mit Behinderungen gewesen seien.

KVR Niebisch antwortet, dass er bislang von einem Rollstuhlfahrer wisse. Es komme vor, dass Menschen mit Behinderungen in den ankommenden Bussen sitzen würden, ihnen aber nicht bekannt sei, wo sie untergebracht würden.

KR Rabe erläutert, dass dem Landkreis Ammerland vor Ankunft der Flüchtlinge die Zusammensetzung der Gruppen nicht bekannt sei. Nach der Ankunft im Kreishaus würden die Gruppen an die Gemeinden/Stadt weitergeleitet, wo die Flüchtlinge in eine bedarfsgerechte Unterkunft eingewiesen würden.

KR Rabe weist darauf hin, dass die Gemeinden/Stadt mit Unterbringungsmöglichkeiten an der Grenze seien und nicht immer am gleichen Tag eine Zuweisung erfolgen könne. Er teilt weiter mit, dass nach Übereinkunft mit der Gemeinde Edewecht die Flüchtlinge zukünftig nicht mehr im Kreishaus begrüßt und registriert werden, sondern ab dem 1. Juni im Altbau des Seniorenheimes in Edewecht. Dort bestehe auch die Möglichkeit einer übergangsweisen kurzfristigen Unterbringung. Das Seniorenheim sei barrierefrei und behindertengerecht eingerichtet. Menschen mit Behinderungen könnten im Bedarfsfall dort vorerst bleiben und angemessen versorgt werden.

Frau Dr. Bednarz bietet bei Fragestellungen in Bezug auf Behinderungen die Unterstützung durch den Behindertenbeirat an.

KA Rowold fragt in Bezug auf Ukrainische Flüchtlinge nach dem Vorgehen mit mitgebrachten Haustieren. Ihr sei bekannt, dass die Tierärztereinigungen sich nicht einig seien, wie mit den Haustieren umgegangen werden müsse, insbesondere mit der Quarantänepflicht. Sie bittet um eine aktuelle Sachstandsmitteilung.

KAF Tepe antwortet, dass ihr in Bezug auf die offiziellen Quarantänepflichten keine Erkenntnisse vorliegen. Es gebe Flüchtlinge, die Katzen oder Hunde mitgebracht hätten. Es werde grundsätzlich versucht, eine Unterkunft zu finden, in der die Tiere im Besitz der Eigentümer verbleiben können.

- b) KA Stolle führt aus, dass sie sich als Mitglied in dem Sozialausschuss sehr wohl und gut aufgehoben fühle. Aktuelle Themen würden ausführlich behandelt und diskutiert und es sei deutlich, dass die Kreisverwaltung und die Politik sich mit den Themen auch intensiv beschäftigen würde.

Zu TOP 21 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 22 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Logemann schließt die öffentliche Sitzung.